

Modernisierung Ernst-Freyer-Freibad; Änderung Erweiterter Baubeschluss

Als SPD-Fraktion haben wir uns entschieden, der Beschlussvorlage zuzustimmen, die **keine Umgestaltung des Schwimmerbeckens zum Mehrgenerationenbecken vorsieht**. Für mich persönlich ist das durchaus eine Entwicklung, bei der ich zwei Dinge voneinander trennen möchte: Ich war ursprünglich für die Anhebung des Beckens und die damit verbundene ursprüngliche Planung. Nach dem Ergebnis der Bürgerbefragung sind meine Fraktion und ich aber der Auffassung, dass wir dieses Votum respektieren sollten. Wenn wir Bürgerinnen und Bürger nach ihrer Meinung fragen, dann müssen wir diese **Entscheidung auch ernst nehmen**, auch dann, wenn sie nicht der eigenen ursprünglichen Überzeugung entspricht.

Für die ursprüngliche Lösung gab es aus meiner Sicht gute Argumente, da ein solches Becken unterschiedlichen Nutzergruppen gleichzeitig hätte gerecht werden können. Familien mit Kindern, ältere Menschen und weniger sichere Schwimmer hätten von einem Mehrgenerationenbecken meiner Meinung nach profitieren können. Auch zusätzliche Angebote wie Massagedüsen und Nackensprudler hätten das Freibad um Möglichkeiten zur Erholung ergänzt. Gleichzeitig können wir als Fraktion die Bedenken der Schwimmerinnen und Schwimmer nachvollziehen, die befürchteten, dass sich die Anhebung des Beckens nachteilig auf die Bedingungen für das Schwimmen auswirken könnte.

Die durchgeführte Bürgerbefragung hat allerdings klar gezeigt, dass eine **Mehrheit sich gegen die Anhebung des Beckens positioniert** hat. Etwas enttäuscht hat mich persönlich, dass sich **vergleichsweise wenige Familien an der Befragung beteiligt haben**. Gerade Familien sind eine wichtige Nutzergruppe unseres Freibads und hätten ihre Interessen hier einbringen können. Gleichzeitig muss man aber auch klar sagen: Jeder hatte die Möglichkeit, sich zu beteiligen. Deshalb gilt es jetzt, das Ergebnis anzunehmen und gemeinsam nach vorne zu schauen.

Dabei möchte ich nach unterschiedlichen Zeitungsartikeln und gelesenen Beiträgen in den sozialen Medien nochmal betonen, was Kommunalpolitik eigentlich bedeutet: Wir Stadträtinnen und Stadträte sind selbst Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Wir sitzen nicht auf der einen Seite und „die Bürger“ auf der anderen. Wir leben hier, wir kennen die Stadt und ihre Menschen und sind genauso Teil dieser Stadtgesellschaft wie alle anderen. Ja, unser Anspruch sollte es sein, Entscheidungen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu treffen. Gleichzeitig gibt es aber nicht den einen homogenen „Volkswillen“. Eine Stadt besteht aus ganz **unterschiedlichen Menschen mit unterschiedlichen Lebenssituationen, Bedürfnissen und Vorstellungen**. Familien haben andere Wünsche als ältere Menschen, Schwimmer andere als Badegäste, die vor allem Erholung suchen. Politik muss versuchen, diese unterschiedlichen Interessen zusammenzubringen.

Deshalb halte ich auch die Vorstellung für falsch, dass „die da oben“ gegen „die Bürger“ entscheiden würden. **Verwaltung, Gemeinderat und Bürgerschaft gehören zusammen**. Auch von einer Niederlage des Gemeinderats oder der Verwaltung zu sprechen, halte ich für nicht angebracht. Das hier ist **kein Fußballspiel, bei dem eine Seite gewinnt und die andere verliert**. Es geht um die Frage, wie wir unser Freibad für möglichst viele Menschen attraktiv und zukunftsfähig gestalten können. Am Ende sollte nicht entscheidend sein, wer sich politisch durchgesetzt hat, sondern ob wir gemeinsam eine **gute Lösung für unsere Stadt** finden.

Gerade mit Blick auf die politische Stimmung, die wir derzeit im gesamten Bundesgebiet erleben, sollten wir uns bewusst machen, wie wichtig ein **respektvoller Umgang miteinander** ist. Die politische Atmosphäre ist rauer geworden. Die Grenzen zwischen sachlicher Auseinandersetzung und persönlicher Konfrontation werden zunehmend überschritten. Wir dürfen uns nicht in ein „Wir gegen die“ hineinziehen lassen. Wer versucht, Bürgerinnen und Bürger gegen Gemeinderat oder Verwaltung auszuspielen, **schafft Gräben, wo eigentlich Zusammenarbeit notwendig** ist. Unterschiedliche Meinungen gehören zu einer Demokratie. Sie dürfen deutlich und leidenschaftlich vertreten werden. Respekt sollte dabei aber immer die Grundlage unserer Diskussion sein. Auch Kritik an Entscheidungen an uns Stadträtinnen und Stadträten ist selbstverständlich legitim, sie sollte aber sachlich bleiben.

Wir sollten nach einer demokratischen Entscheidung nicht weiter Gräben aufbauen, sondern gemeinsam daran arbeiten, was für unsere Stadt das Beste ist. Deshalb werden wir wie zu Beginn geschrieben, der geänderten Planung zustimmen. Nicht, weil damit jeder von uns seine ursprüngliche persönliche Vorstellung verwirklicht sieht, sondern weil wir die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger respektieren und nun **gemeinsam Verantwortung für die weitere Entwicklung unseres Freibads** übernehmen.

Für die SPD-Fraktion
Julia Kriegs